Gerstner

Forensische Gynäkologie

Georg J. Gerstner

Forensische Gynäkologie

Gynäkologische Gutachten im Verfahren

DE GRUYTER

Univ.-Prof. Dr. med. Georg J. Gerstner
Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Allg. beeid. gerichtl. zertifiz. Sachverständiger
Stadiongasse 5/6
A-1010 Wien
prof.gerstner@inode.at

Das Buch enthält 26 Abbildungen und 14 Tabellen.

ISBN 978-3-11-024563-9
e-ISBN 978-3-11-024564-6

Library of Congress Cataloging-in-Publication data

Gerstner, Georg J.
Forensische Gynäkologie : gynäkologische Gutachten im Verfahren / by Georg J. Gerstner.
p. cm.
Includes bibliographical references and index.
ISBN 978-3-11-024563-9 (alk. paper)
1. Forensic obstetrics—Case studies. 2. Forensic gynecology—Case studies. I. Title.
RA1064.G46 2011
614'.1—dc22

2010053321

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 by Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, Berlin / Boston

Der Verlag hat für die Wiedergabe aller in diesem Buch enthaltenen Informationen (Programme, Verfahren, Mengen, Dosierungen, Applikationen etc.) mit Autoren bzw. Herausgebern große Mühe darauf verwandt, diese Angaben genau entsprechend dem Wissensstand bei Fertigstellung des Werkes abzudrucken. Trotz sorgfältiger Manuskripterstellung und Korrektur des Satzes können Fehler nicht ganz ausgeschlossen werden. Autoren bzw. Herausgeber und Verlag übernehmen infolgedessen keine Verantwortung und keine daraus folgende oder sonstige Haftung, die auf irgendeine Art aus der Benutzung der in dem Werk enthaltenen Informationen oder Teilen davon entsteht.

Die Wiedergabe der Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen und dergleichen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass solche Namen ohne weiteres von jedermann benutzt werden dürfen. Vielmehr handelt es sich häufig um gesetzlich geschützte, eingetragene Warenzeichen, auch wenn sie nicht eigens als solche gekennzeichnet sind.

Printed in Germany
www.degruyter.com

Gesamtherstellung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

Geleitwort

Die Medizin – und insbesondere die Frauenheilkunde – hat während der letzten Jahre einen nachhaltigen Paradigmenwechsel erlebt. Zu den bedeutendsten Veränderungen zählt wohl einerseits der Wandel der paternalistischen zur partnerschaftlichen Beziehung zwischen Patientin und Arzt. Andererseits wurde die sogenannte eminence-based medicine, die ärztliche Erfahrung und handwerkliches Können in den Vordergrund stellt, abgelöst durch die evidence-based medicine (EBM), bei der wissenschaftliche Erkenntnisse das medizinische Vorgehen bestimmen. Diese beiden Veränderungen sind voneinander nicht zu trennen; bedeuten sie doch, mit der „informierten“ Patientin – basierend auf den Erkenntnissen der EBM – einen Dialog über das in ihrem Fall vorzunehmende ärztliche Procedere (und insbesondere auch über alternative Möglichkeiten) zu führen.

Die nachhaltige Änderung in der Kultur der Patientin / Arzt-Beziehung hat naturgemäß eine Reihe von durchaus positiven Aspekten: So trägt die in den Entscheidungsprozess eingebundene Patientin eine gewisse Mitverantwortung bzgl. des medizinischen Vorgehens, das ja insbesondere auch ihren Wertvorstellungen zu entsprechen hat, und dieser Entscheidungsprozess basiert – von zu begründenden Ausnahmen abgesehen – auf wissenschaftlich fundierten Daten. Das bedeutet aber auch, dass der Patientin / Arzt-Dialog um vieles aufwendiger geworden ist und von uns Ärzten (mit Recht) erwartet wird, den aktuellen Stand des medizinischen Wissens zu kennen. Es ist wohl nahe liegend, dass sich daraus entscheidende forensische Implikationen ergeben. So ist insbesondere die Aufklärung der Patientin vor einer diagnostischen oder therapeutischen Handlung von besonderer forensischer Bedeutung. In diesem Kontext ist es nicht immer leicht, der Patientin das für sie am besten geeignete medizinische Vorgehen näher zu bringen, hat sie sich doch u. a. mit Hilfe der elektronischen Medien bereits bestens informiert und bringt ihr „Wissen“ in die Diskussion mit ein.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass es sich bei gynäkologisch-operativen Eingriffen zumeist um elektive Operationen handelt. Diese erfordern eine besonders umfangreiche Aufklärung, wobei nicht nur den Wünschen der Patientin Bedeutung zukommt, sondern in den meisten Fällen auch eine Vielzahl von therapeutischen Alternativen zu diskutieren ist.

Medizinisch lege artis zu handeln, ist allerdings heute möglicherweise einfacher, als es noch vor einigen Jahren war. Der Arzt muss sich „nur“ an die aktuellen Empfehlungen / Leitlinien / Richtlinien halten. Diesem „Regelwerk“ kommt ja nicht zuletzt bei der Erstellung eines Gerichtsgutachtens besondere Bedeutung zu, naturgemäß hat auch der Gutachter auf dem aktuellen Stand des medizinischen Wissens (EBM) zu sein.

Der Autor des vorliegenden Buches hat diesen Paradigmenwechsel in der Medizin nicht nur miterlebt, sondern er hat ihn auch aktiv mitgestaltet:

Prof. Gerstner erhielt seine Facharztausbildung an der I. Universitätsfrauenklinik in Wien, wobei einer seiner Arbeitsschwerpunkte die Infektionen in Geburtshilfe und Gynäkologie waren. Dieser auch forensisch bedeutsame Schwerpunkt war Inhalt seiner

Habilitation im Jahre 1985. Im Anschluss an seine Tätigkeit an der I. Universitätsfrauenklinik war Prof. Gerstner von 1983–2000 Primarius der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung am Allgemeinen öffentlichen Krankenhaus Stockerau, wobei ihm stets die Zufriedenheit der Patientinnen und Mitarbeiter ein besonderes Anliegen war. Er betreibt seit knapp 30 Jahren eine Ordination und ist seit dieser Zeit auch Belegarzt in verschiedenen Wiener Privatkrankenanstalten.

Bereits im Jahre 1988 wurde Prof. Gerstner zum allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen für das Fachgebiet Frauenheilkunde und Geburtshilfe bestellt. 1994 erfolgte seine Ernennung zum Sachverständigen am Arbeits- und Sozialgericht in Wien. Seit 1999 ist er Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Medizin und Recht der Österreichischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (OEGGG). Es gibt wohl nur wenige Frauenärzte in Österreich, die auf eine so große Erfahrung im Rahmen ihrer Gutachter Tätigkeit in unserem Fach verweisen können.

Abschließend sei noch festgehalten, dass die Gynäkologie zu den sogenannten „schneidenden“ Fächern gehört, unserem Fach also in Bezug auf Haftungsprozesse eine besondere Stellung zukommt. Im Unterschied zu anderen operativen Fächern, z. B. der Unfallchirurgie und der allgemeinen Chirurgie, handelt es sich allerdings bei den gynäkologisch-operativen Eingriffen, wie schon angeführt, zumeist um elektive Eingriffe, womit eine hohe Erwartungshaltung der Patientin einhergeht; sie ist nicht gewillt, etwaige Komplikationen einfach hinzunehmen. In diesem Kontext ist es weiterhin wichtig, dass die meisten Fälle nicht primär vor Gericht abgehandelt werden, sondern es oftmals zu einer außergerichtlichen Einigung kommt. Dieser Umstand bedingt aber auch, dass nur selten Informationen über den jeweiligen Fall veröffentlicht werden, aus denen ein Benefit für die tägliche Arbeit abgeleitet werden kann.

Umso wertvoller ist das vorliegende Buch, das gleichsam einen Bogen von Diagnosefehlern über strittige Indikationen zur Operation, fehlerhafte Aufklärung bis hin zu fehlerhaften Operationen spannt, wobei zusätzlich so wichtige Themen wie Missbrauch, Arbeitsrecht und die Bedeutung von Verkehrsunfällen für gynäkologische Beschwerdebilder behandelt werden.

Wien, im November 2011

Prof. Dr. Sepp Leodolter
Leiter der Abteilung für Gynäkologie
an der Medizinischen Universität Wien

Vorwort

Rechtliche Probleme spielen seit vielen Jahren eine immer größer werdende Rolle in der Medizin. Das Fach Gynäkologie und Geburtshilfe steht, neben anderen chirurgischen Fächern, an der Spitze dieser Entwicklung. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig. Behauptet wird, dass die Patienten mündiger geworden seien, d. h. durch Medien und Internet besser informiert und aufgeklärt. Das stimmt zwar einerseits, andererseits liegt aber z. B. die Inanspruchnahme von wirksamen Screeninguntersuchungen für Gebärmutterhalskrebs und Brustkrebs – Parameter des Gesundheitsbewusstseins – insgesamt noch immer weit unter 50%.

Ein wesentlicher Punkt ist sicher, dass die Menschen heute offensichtlich nicht mehr bereit sind, Geschehnisse als schicksalhaft hinzunehmen bzw. Erlittenes einfach zu akzeptieren. An allem und jedem muss jemand oder etwas „schuld“ sein, nicht zuletzt auch wegen einer allfälligen Haftung und damit verbundener Schadenersatzansprüche.

Viele Menschen besitzen relativ preiswerte Rechtsschutzversicherungen, die im Ernstfall auch bei einer noch so kleinen Komplikation gezwungen sind, zumindest ein Sachverständigengutachten (SV-GA) erstellen zu lassen.

Eine zunehmende Zahl von Rechtsanwälten hat das Medizinrecht als einträgliche Ausweitung ihrer Tätigkeit erkannt. Bei Vorliegen einer Deckung durch eine Rechtsschutzversicherung werden schnell Klagen mit oft deutlich überzogenen Klagesummen eingebracht, die in keinerlei Relation zum Schaden stehen. Und schon läuft ein neues, teures Verfahren.

In der Regel holt die Haftpflichtversicherung des betroffenen Arztes, häufig nach Einschaltung einer Schlichtungsstelle oder Schiedskommission, ein SV-GA ein. In diesem werden primär alle Fragen des Schadensausmaßes, der Kausalität und vor allem, ob ein Behandlungsfehler vorliegt, vorab in Form eines Fragenkataloges beantwortet. Hauptbestandteil dessen ist wiederum der sog. Schmerzkatalog, also eine Auflistung von Schmerzperioden als leichte, mittlere und schwere Schmerzen. Auf Basis dieses Schmerzkataloges kann dann entweder ein außergerichtlicher Vergleich in Form einer sog. Prozesskostenablässe geschlossen werden oder es kommt zu einem Gerichtsverfahren vor einem Zivil-, manchmal sogar vor einem Strafgericht.

In der Gynäkologie gibt es relativ viele derartiger Verfahren, wobei nur wenige durch die Instanzen an die Höchstgerichte gelangen und damit einem breiten Publikum bekannt werden. Höchststrichterliche Urteile sind meist längere Zeit in aller Munde und werden in Vorträgen und medizinrechtlichen Artikeln ausgiebig abgehandelt. Die meisten Fälle werden jedoch außergerichtlich oder auf der Ebene der Bezirks- und Landesgerichte entschieden und niemals bekannt, abgesehen von oft tendenziösen Berichten im Lokalteil von Zeitungen. Ihr Informationsgehalt geht daher bedauerlicherweise völlig verloren, selbst wenn er medizinisch oder rechtlich von größtem Interesse ist.

Bücher über forensische Gynäkologie liegen meines Wissens seit etwa 20 Jahren weder im deutschen noch im angloamerikanischen Sprachraum vor. Ziel des vorliegenden Buches ist es daher, hier anzusetzen und die Entscheidungen einer Gutachten-

sammlung aus 20-jähriger Sachverständigentätigkeit zu dokumentieren bzw. weiterzugeben.

Erstmals werden Verfahren anhand von gynäkologischen Gutachten umfassend mit der Fragestellung des jeweiligen Auftraggebers, der entsprechenden sachverständigen Beurteilung sowie dem Verfahrensausgang dargestellt. Damit soll dem Leser ein authentischer, gesamthafter Einblick in den Ablauf von Verfahren bei gynäkologischen Medizinschäden gegeben werden und ihm die Denkweise der Juristen, der Sachverständigen und schließlich auch der Richter näher bringen.

Adressaten dieses Buches sind alle an derartigen Verfahren Beteiligten: neben den Sachverständigen wohl allen voran die Entscheidungsträger aus dem Bereich der Abteilungsvorstände, Klinikchefs, Primar-, Ober- und Fachärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowohl aus dem Krankenanstaltenbereich als auch aus dem niedergelassenen Bereich. Darüber hinaus richtet sich das Buch naturgemäß auch an alle Entscheidungsträger unter den Juristen, die mit derartigen Fällen konfrontiert werden bzw. letztlich die Entscheidungen treffen: jene von den Gerichten (Staatsanwälte, Richter) über die diversen Schieds- und Schlichtungsstellen bis hin zu den Haftpflichtversicherungen der Ärzte. Nicht zuletzt soll es aber auch betroffenen Patientinnen Einblicke in die diffizile Materie geben.

Mit dem Buch soll ein Nachschlagewerk zur Verfügung gestellt werden, in dem sich jeder Interessierte leicht über den Ausgang häufig vorkommender Fallkonstellationen informieren kann. Damit könnten auch die bekannte, in vielen Verfahren immer wieder aufbrechende Kluft in der Denkweise zwischen Medizinern und Juristen verkleinert und vielleicht sogar unnötige Verfahren vermieden werden.

Naturgemäß kann in diesem Buch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden, da es sich um eine persönliche Gutachtensammlung handelt. Hierzu müsste ein zentrales Meldesystem geschaffen werden, in das alle Institutionen, die sich mit Medizinschäden befassen, wie Gerichte, Schlichtungs- und Schiedsstellen, Versicherungen etc., ihre Fälle einbringen. Dieses scheint in naher Zukunft unrealistisch.

Ebenso kann selbstverständlich keinerlei Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben werden, da es vermutlich in Einzelfällen auch andere gutachterliche Meinungen geben wird.

Die sogenannte evidenzbasierte Medizin gibt heute allerdings nicht zuletzt für Sachverständige immer bessere Rahmenbedingungen als noch vor 20 Jahren vor. Evidenzbasiert heißt, dass jede Fragestellung durch Studien belegt ist und somit den letzten Stand der Wissenschaft zum gegebenen Zeitpunkt darstellt. Um ein evidenzbasiertes, wissenschaftliches Gutachten zu erstellen, muss der Gutachter daher die gesamte wissenschaftliche Literatur zur betreffenden Fragestellung, also sämtliche vorhandenen Studien zum Zeitpunkt des Ereignisses, kennen und studiert haben. Dies erfordert neben der nötigen wissenschaftlichen Qualifikation des Gutachters vor allem einen gewaltigen Sach- und Zeitaufwand. Dieser wird bedauerlicherweise zumindest hierzulande gesetzlich noch immer nicht entsprechend entlohnt.

Für viele medizinische Probleme wurden in den letzten Jahren Leitlinien von den diversen Fachgesellschaften, z. B. der DGGG und der ÖGGG, erstellt, die für die Gutachtertätigkeit äußerst hilfreich, aber rechtlich nicht bindend sind.

Es steht zu hoffen, dass das Buch als Informationsquelle für die Angesprochenen seinen Zweck erfüllt.

Inhalt

Abkürzungen	XV
1 Wie benutze ich dieses Buch?	1
2 Überblick über das Medizinrecht in den deutschsprachigen Ländern . .	3
2.1 Zurechnungsfähigkeit	3
2.2 Fahrlässige Körperverletzung	3
2.3 Fahrlässige Tötung	4
2.4 Eigenmächtige Heilbehandlung	4
2.5 Vergewaltigung	5
2.6 Schwere sexueller Missbrauch von Unmündigen	5
2.7 Sexueller Missbrauch von Unmündigen	6
2.8 Verletzung von Berufsgeheimnissen	7
2.9 Schwangerschaftsabbruch	8
2.10 Tötung auf Verlangen, Mitwirkung am Selbstmord	9
2.11 Unterlassung der Hilfeleistung	9
2.12 Fälschung von Gesundheitszeugnissen	10
2.13 Bestechlichkeit, Vorteilsannahme	10
2.14 Transplantation	12
2.15 Betäubungsmittel	12
2.16 Heilmittel	13
2.17 Erkundigungen	15
2.18 Vernehmungen	16
2.19 Vollstreckung von Geld- und Freiheitsstrafen	16
2.20 Zurücknahme der Klage	18
2.21 Kündigungsschutz	18
2.22 Abfertigung	19
2.23 Wichtiger Grund zum vorzeitigen Austritt des Angestellten	19
3 Schmerzensgeld im deutschsprachigen Raum	21
3.1 Allgemeine Übersicht	21
3.1.1 Deutschland	21
3.1.2 Anspruchsvoraussetzungen	21
3.1.3 Gefährdungshaftung	21
3.1.4 Sinn des Schmerzensgeldes	21
3.1.5 Höhe des Schmerzensgeldes	22
3.1.6 Vererblichkeit	22
3.1.7 Anrechnung von Schmerzensgeld auf das Arbeitslosengeld II	22
3.1.8 Schockschaden	23
3.1.9 Medienrechtliches Schmerzensgeld	23

3.1.10	Schweiz	24
3.1.11	Österreich	24
3.2	Schmerzensgeld in Österreich	25
3.2.1	Allgemeines	25
3.2.2	Verschuldensgrad (Haftung ohne Verschulden)	25
3.2.3	Ausgleichsfunktion	26
3.2.4	Verletzung	26
3.2.5	Schmerzperioden / Schmerzensgeld-Tagessätze	27
3.2.6	Schmerzensgeld ohne Schmerzempfindung?	27
3.2.7	Seelische Schmerzen	28
3.2.8	Zeitliche Begrenzung – mehrmalige Bemessung	29
3.2.9	Mitverschulden des Verletzten	30
3.2.10	Tod des Verletzten	30
3.2.11	Schmerzensgeld bei Tod eines Angehörigen?	30
3.2.12	Schmerzensgeldrente	31
3.2.13	Währung und Kaufkraft	31
3.2.14	Erwartungen von Gericht und Parteien an den medizinischen Sachverständigen	31
4	Diagnosefehler	35
4.1	Ist eine Eileiterschwangerschaft eine Krankheit oder eine Schwangerschaft?	35
4.1.1	Sachverhalt / Kasuistik36	
4.1.2	Beurteilung / Gutachten	37
4.1.3	Verfahrensausgang	38
4.1.4	Resümee	38
4.2	Schadenersatzanspruch bei Eileiterschwangerschaft	38
4.2.1	Sachverhalt / Kasuistik	38
4.2.2	Beurteilung / Gutachten	40
4.2.3	Verfahrensausgang	43
4.2.4	Resümee	44
4.3	Eileiterschwangerschaft: Hochdramatischer Verlauf mit Tubarruptur in Saigoner Kaufhaus	44
4.3.1	Sachverhalt / Kasuistik	44
4.3.2	Beurteilung / Gutachten	45
4.3.3	Verfahrensausgang	47
4.3.4	Resümee	47
4.4	Eileiterschwangerschaft – von der Patientin verschleppt	48
4.4.1	Sachverhalt / Kasuistik	48
4.4.2	Beurteilung / Gutachten	50
4.4.3	Verfahrensausgang	54
4.4.4	Resümee	56
4.5	Eierstockentzündung oder psycho-vegetativ bedingte Bauchschmerzen?	56
4.5.1	Sachverhalt / Kasuistik	56
4.5.2	Beurteilung / Gutachten	58
4.5.3	Verfahrensausgang	61
4.5.4	Resümee	61

4.6	Mammakarzinom: Die forensische Bedeutung der Therapieverzögerung .	62
4.6.1	Fall 1	63
4.6.2	Fall 2	64
4.6.3	Fall 3	65
4.6.4	Fall 4	65
4.6.5	Resümee	66
4.7	Gebärmutterhalskrebs: Verlust der Fertilität mit 35 Jahren als Folge eines falsch negativen Krebsabstrichs	67
4.7.1	Sachverhalt/Kasuistik	67
4.7.2	Beurteilung/ Gutachten	69
4.7.3	Verfahrensausgang	70
4.7.4	Resümee	70
4.8	Gebärmutterkörperkrebs bei Dialysepatientin: viermonatige Therapieverzögerung bei zwei Jahre dauernden Blutungsstörungen	71
4.8.1	Sachverhalt/Kasuistik	71
4.8.2	Beurteilung/ Gutachten	72
4.8.3	Verfahrensausgang	78
4.8.4	Resümee	78
4.9	Zehnwöchige Therapieverzögerung bei Eierstockkrebs	79
4.9.1	Sachverhalt/Kasuistik	79
4.9.2	Beurteilung/ Gutachten	80
4.9.3	Verfahrensausgang	83
4.9.4	Resümee	83
4.10	Kindliches Rhabdomyosarkom (RMS) als Bartholin-Abszess verkannt	84
4.10.1	Sachverhalt/Kasuistik	84
4.10.2	Beurteilung/ Gutachten	86
4.10.3	Verfahrensausgang	88
4.10.4	Resümee	88
5	Strittige Operationsindikationen	91
5.1	Depression nach vaginaler Uterusexstirpation	91
5.1.1	Sachverhalt/Kasuistik	91
5.1.2	Beurteilung/ Gutachten	92
5.1.3	Verfahrensausgang	94
5.1.4	Resümee	94
5.2	Schwere Depression nach beidseitiger Ovarektomie bei 41-Jähriger	94
5.2.1	Sachverhalt/Kasuistik	95
5.2.2	Beurteilung/ Gutachten	97
5.2.3	Verfahrensausgang	99
5.2.4	Resümee	101
5.3	Ist eine gynäkologische Totaloperation (Entfernung der Gebärmutter und der Eierstöcke) bei Uterus myomatosus, jahrelanger Blutungsstörung und mäßig erhöhtem Tumormarker Ca 125 gerechtfertigt?	102
5.3.1	Sachverhalt/Kasuistik	102
5.3.2	Beurteilung/ Gutachten	104
5.3.3	Verfahrensausgang	108
5.3.4	Resümee	109

5.4	Beidseitige Ovariectomie mit 39 Jahren bei rezidivierender Endometriose gerechtfertigt?	109
5.4.1	Sachverhalt / Kasuistik	110
5.4.2	Beurteilung / Gutachten	111
5.4.3	Verfahrensausgang	112
5.4.4	Resümee	112
6	Therapiefehler	115
6.1	Komplikationen bei Intrauterinspirale	115
6.1.1	Verlust eines Eileiters als Folge massiver Infektion nach Einlage einer Kupfer-Intrauterin-Spirale bei bestehender Scheideninfektion (Chlamydien)	115
6.1.2	Schwangerschaft als erstes Symptom einer IUP-Penetration in die freie Bauchhöhle	119
6.1.3	Fremdkörper bei Spiralenwechsel (Mirena®) in der Gebärmutter zurückgelassen	122
6.1.4	Zwei verschiedene Kupferspiralen in der Gebärmutter als Ursache für jahrelange Zwischenblutungen	125
6.1.5	Die dislozierte Intrauterinspirale	130
6.2	Uterusperforationen bei Kürettagen	133
6.2.1	Uterusperforation bei diagnostischer Kürettage wegen Postmenopauseblutung	133
6.2.2	Die Perforation der Gebärmutter bei Schwangerschaftsabbruch	135
6.2.3	Mehrfache Uterus- und Dünndarmperforation mit Peritonitis bei Schwangerschaftsabbruch	139
6.2.4	Residuen nach Schwangerschaftsabbruch	143
6.2.5	Ist der Schwangerschaftsabbruch mittels Kürettage noch Stand der Wissenschaft?	144
6.3	Operationen am äußeren Genitale	147
6.3.1	Bartholin-Zyste: Exstirpation nach Marsupialisation und Rezidiv	147
6.3.2	Die misslungene Korrektur der kleinen Labien	151
6.3.3	Vorwurf der Klitoriszerstückelung bei Labienresektion bei depressiver Patientin	155
6.3.4	Verbrennung dritten Grades am Oberschenkel durch Kriechstrom bei Konisation	158
6.3.5	Aufklärungsfehler bei frustraner Tubenligatur	164
6.4	Vaginale Hysterektomie	170
6.4.1	Vorwurf inkompletter Restovarentfernung nach vaginaler Hysterektomie	170
6.4.2	Intraoperative Blasenverletzung bei vaginaler Hysterektomie	175
6.5	Abdominale Operationen	180
6.5.1	Nachblutung und Darmverschluss nach komplizierter Adhäsiolyse und Uterusexstirpation	180
6.5.2	Femoralis-Läsion nach wiederholten Pfannenstiel-Operationen	185
6.5.3	Tödliche Vier-Quadranten-Peritonitis nach Dickdarmläsion bei Nephrostomie wegen Blasenscheidenfistel nach Hysterektomie mit Burch-OP	193
6.5.4	Beidseitige Harnleiterdurchtrennung bei Wertheim-Radikaloperation	200
6.5.5	Binahe-Verbluten bei Hysterektomie nach Kaiserschnitt	205

6.6	Laparoskopische Operationen	208
6.6.1	Trokarverletzung der großen Gefäße bei diagnostischer Laparoskopie . . .	208
6.6.2	Darmverletzung bei laparoskopischer Zystenoperation	214
6.6.3	Laparoskopische Ovarialzystenpunktion mit Querkolonperforation und Peritonitis	221
6.6.4	Thermischer Harnleiterschaden bei laparoskopischer Endometrioseexzision	226
6.6.5	Laparoskopische Adnektomie: Ureterstenose, Double-J-Katheter und Harnleiterneueinpflanzung (Psoas-Hitch-Operation)	234
6.6.6	Harnleiterligatur bei laparoskopischer Hysterektomie mit Nachblutung und nachfolgender Psoas-Hitch-Operation	239
6.6.7	Laparoskopisch assistierte vaginale Hysterektomie (LAVH) mit Trokarblutung und -hernie führt zu Sepsis und Multiorganversagen	250
7	Arbeits- und Sozialrecht	257
7.1	Arbeitsrecht: Kündigung bei Schwangerschaftseintritt	257
7.1.1	Sachverhalt/Kasuistik	257
7.1.2	Beurteilung/Gutachten	257
7.1.3	Verfahrensausgang	258
7.1.4	Resümee	259
7.2	Arbeitsrecht: Sind Arbeiten im Kühlhaus für Frauen mit Kinderwunsch zumutbar?	259
7.2.1	Sachverhalt/Kasuistik	259
7.2.2	Beurteilung/Gutachten	260
7.2.3	Verfahrensausgang	261
7.2.4	Resümee	262
7.3	Anfechtung einer Kündigung wegen dauernder, bis zu viermonatiger Krankenstände bedingt durch Kopfschmerzen nach Hormonpräparaten . . .	263
7.3.1	Sachverhalt/Kasuistik	263
7.3.2	Beurteilung/Gutachten	263
7.3.3	Verfahrensausgang	265
7.3.4	Resümee	265
7.4	Ist eine alternativmedizinische Therapie mit dem Factor AF 2 bei Brustkrebs erstattungspflichtig?	265
7.4.1	Sachverhalt/Kasuistik	266
7.4.2	Beurteilung/Gutachten	267
7.4.3	Verfahrensausgang	269
7.4.4	Resümee	269
7.5	Ist die beidseitige Tubektomie bei Hydrosalpingen eine medizinisch indizierte Krankenbehandlung vor In-vitro-Fertilisierung (IVF)?	270
7.5.1	Sachverhalt/Kasuistik	270
7.5.2	Beurteilung/Gutachten	271
7.5.3	Verfahrensausgang	272
7.5.4	Resümee	272
8	Missbrauch und Vergewaltigung	273
8.1	Missbrauchsverdacht bei Kleinkind bei angeborener Fehlbildung des Dammes	273

8.1.1	Sachverhalt / Kasuistik	273
8.1.2	Beurteilung / Gutachten	274
8.1.3	Verfahrensausgang	275
8.1.4	Resümee	275
8.2	Zweimal wöchentlicher Beischlaf mit 10-jähriger Unmündiger (§ 206 Abs. 1 StGB, Beischlaf mit Unmündigen)	275
8.2.1	Sachverhalt / Kasuistik	275
8.2.2	Beurteilung / Gutachten	275
8.2.3	Verfahrensausgang	276
8.2.4	Resümee	276
8.3	Fünf Monate Haft wegen fraglicher Vergewaltigung (§ 201 StGB) mit 5 cm Scheidenriss	277
8.3.1	Sachverhalt / Kasuistik	277
8.3.2	Beurteilung / Gutachten	278
8.3.3	Verfahrensausgang	278
8.3.4	Resümee	279
8.4	Vergewaltigung unter Drogen: 15 cm langer Scheidenriss und multiple andere Verletzungen nach Misshandlung	279
8.4.1	Sachverhalt / Kasuistik	279
8.4.2	Beurteilung / Gutachten	279
8.4.3	Verfahrensausgang	280
8.4.4	Resümee	280
9	Verkehrsunfälle	281
9.1	Ovarialzysten als Dauerfolge nach traumatischer Magenruptur?	281
9.1.1	Sachverhalt / Kasuistik	281
9.1.2	Beurteilung / Gutachten	282
9.1.3	Verfahrensausgang	284
9.1.4	Resümee	284
9.2	„Sexuelle Unlust“ nach Schädel-Hirn-Trauma	285
9.2.1	Sachverhalt / Kasuistik	285
9.2.2	Beurteilung / Gutachten	285
9.2.3	Verfahrensausgang	286
9.2.4	Resümee	286
	Danksagung	287
	Register	289

Abkürzungen

ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AMG	Arzneimittelgesetz
AngG	Angestelltengesetz
Arb	Allgemeine Rechtsschutzbedingungen
Art.	Artikel
Az	Aktenzeichen
BetmG	Betäubungsmittelgesetz (CH)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BtMG	Betäubungsmittelgesetz (D)
DGGG	Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe
dStGB	deutsches Strafgesetzbuch
dStPO	deutsche Strafprozessordnung
EKHG	Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz
FSH	Follikelstimulierendes Hormon
GnRH	Gonadotropin-Releasing-Hormon
Grav	Gravidität
GrZs	Großer Zivilsenat beim Bundesgerichtshof
HCG	humanes Choriongonadotropin
HMG	Heilmittelgesetz
HWG	Heilmittelwerbeengesetz
IUD	intrauterine device (Intrauterinpessar)
IUP	Intrauterinpessar
KschG	Kündigungsschutzgesetz
LH	Luteinisierendes Hormon
LNR	letzte normale Regel
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MschG	Mutterschutzgesetz (Österreichisch)
MuSchG	Mutterschutzgesetz (Deutschland)
NJW	Neue juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
ÖGGG	Österreichische Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe
OGH	Oberster Gerichtshof
OR	Obligationsrecht
öStGB	österreichisches Strafgesetzbuch
öStPO	österreichische Strafprozessordnung
ÖVE-EN	Österreichischer Verband für Elektrotechnik – Elektrotechnische Normung
PCO	polyzystisches Ovar-Syndrom
PID	Pelvic Inflammatory Disease

RdW	Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
RS	Rechtssache
RS	Rechtssatznummer
SIRS	Systemisches inflammatorisches Response-Syndrom
sStGB	Schweizer Strafgesetzbuch
SSW	Schwangerschaftswoche
StGB	Strafgesetzbuch
SV	Sachverständiger
SV-GA	Sachverständigengutachten
TPG	Transplantationsgesetz
UFK	Universitäts-Frauenklinik
UrlG	Urlaubsgesetz
Z.n.	Zustand nach
ZPO	Zivilprozessordnung

1 Wie benutze ich dieses Buch?

Jedes Fallbeispiel dieses Buches geht auf ein authentisches gynäkologisches Verfahren zurück und basiert auf den entsprechenden Gutachten. Sprache und Ausdrucksweise sind daher weitgehend allgemeinverständlich gehalten; medizinische Fachausdrücke sind in einem wissenschaftlichen Buch jedoch unverzichtbar und unvermeidbar. Diese können z. B. im „Klinischen Wörterbuch“ desselben Verlages nachgelesen werden.

Der interessierte Leser erhält durch den Verfahrensausgang tiefe Einblicke in die medicolegale Denkweise und in den Ablauf solcher Prozesse. Wichtig ist es, beim Lesen das Vorfallsdatum des Ereignisses zu beachten, da in Gutachten prinzipiell die zitierte Literatur dem jeweiligen Stand der Wissenschaft zum Zeitpunkt des Ereignisses entsprechen muss und nicht etwa dem meist viel späteren Zeitpunkt, an dem ein Prozess geführt wird. Die jeweilige Literatur wurde für das Buch jedoch auf den neuesten Stand gebracht.

Ziel des Buches ist es, „forensisches Denken“ zu vermitteln und zu fördern. Es kann als Nachschlagewerk zur Vorab-Information für bestimmte typische forensische Fragestellungen dienen oder aber als Überblick für Verantwortungsträger, sowohl unter den Ärzten als auch unter den Juristen. Da jedoch kein Fall einem anderen völlig gleicht, kann das Buch für andere, entsprechend gelagerte Fälle immer nur Anhaltspunkte liefern. Auch gibt es die „absolute Wahrheit“ bekanntermaßen nicht, da sogar verschiedene Senate des Obersten Gerichtshofes (OGH) in analogen Fällen different entschieden haben. Durch die Vermittlung forensisch-gynäkologischer Basisinformation soll ein Beitrag zum besseren Verständnis von Juristen und Medizinern geleistet werden.

2 Überblick über das Medizinrecht in den deutschsprachigen Ländern

RA Dr. Monika Ploier

Medizinrechtsexpertin der Kanzlei
CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte GmbH (Wien),
Obfrau des Forschungsinstituts für Recht in der Medizin (FIRM)

2.1 Zurechnungsfähigkeit

- Österreich **§ 11 öStGB** – Zurechnungsfähigkeit
Wer zur Zeit der Tat wegen einer Geisteskrankheit, wegen Schwachsinn, wegen einer tiefgreifenden Bewußtseinsstörung oder wegen einer anderen schweren, einem dieser Zustände gleichwertigen seelischen Störung unfähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, handelt nicht schuldhaft.
- Deutschland **§ 20 dStGB** – Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen
Ohne Schuld handelt, wer bei Begehung der Tat wegen einer krankhaften seelischen Störung, wegen einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung oder wegen Schwachsinn oder einer schweren anderen seelischen Abartigkeit unfähig ist, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln
- Schweiz **Art. 19 sStGB** – Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit
(1) War der Täter zur Zeit der Tat nicht fähig, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäß dieser Einsicht zu handeln, so ist er nicht strafbar.
(2) War der Täter zur Zeit der Tat nur teilweise fähig, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäß dieser Einsicht zu handeln, so mildert das Gericht die Strafe.
(3) Es können indessen Maßnahmen nach den Artikeln 59–61, 63, 64, 67 und 67b getroffen werden.
(4) Konnte der Täter die Schuldunfähigkeit oder die Verminderung der Schuldfähigkeit vermeiden und dabei die in diesem Zustand begangene Tat voraussehen, so sind die Absätze 1–3 nicht anwendbar.

2.2 Fahrlässige Körperverletzung

- Österreich **§ 88 öStGB** – Fahrlässige Körperverletzung
(1) Wer fahrlässig einen anderen am Körper verletzt oder an der Gesundheit schädigt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen zu bestrafen.
- Deutschland **§ 229 dStGB** – Fahrlässige Körperverletzung
Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung einer anderen Person verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Schweiz **Art. 125 sStGB** – Fahrlässige Körperverletzung
Wer fahrlässig einen Menschen am Körper oder an der Gesundheit schädigt, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2.3 Fahrlässige Tötung

Österreich **§ 80 öStGB** – Fahrlässige Tötung
Wer fahrlässig den Tod eines anderen herbeiführt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.
§ 81 öStGB – Fahrlässige Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen
(1) Wer fahrlässig den Tod eines anderen herbeiführt
1. unter besonders gefährlichen Verhältnissen,
2. nachdem er sich vor der Tat, wenn auch nur fahrlässig, durch Genuss von Alkohol oder den Gebrauch eines anderen berauschenden Mittels in einen die Zurechnungsfähigkeit nicht ausschließenden Rauschzustand versetzt hat, obwohl er vorhergesehen hat oder hätte vorhersehen können, dass ihm eine Tätigkeit bevorstehe, deren Vornahme in diesem Zustand eine Gefahr für das Leben, die Gesundheit oder die körperliche Sicherheit eines anderen herbeizuführen oder zu vergrößern geeignet sei, oder
3. dadurch, dass er, wenn auch nur fahrlässig, ein gefährliches Tier entgegen einer Rechtsvorschrift oder einem behördlichen Auftrag hält, verwahrt oder führt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.
(2) Der Täter ist nach Abs. 1 Z 3 auch zu bestrafen, wenn er sich mit einer Rechtsvorschrift oder einem behördlichen Auftrag nicht bekannt gemacht hat, obwohl er seinem Beruf, seiner Beschäftigung oder sonst den Umständen nach dazu verpflichtet gewesen wäre, oder wenn ihm der Irrtum über die Rechtsvorschrift oder den behördlichen Auftrag sonst vorzuwerfen ist.

Deutschland **§ 222 dStGB** – Fahrlässige Tötung
Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Schweiz **Art. 117 sStGB** – Fahrlässige Tötung
Wer fahrlässig den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft

2.4 Eigenmächtige Heilbehandlung

Österreich **§ 110 Abs. 1 öStGB** – Eigenmächtige Heilbehandlung
Wer einen anderen ohne dessen Einwilligung, wenn auch nach den Regeln der medizinischen Wissenschaft, behandelt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

Deutschland –

Schweiz –

2.5 Vergewaltigung

- Österreich **§ 201 Abs. 1 öStGB** – Vergewaltigung
 Wer eine Person mit Gewalt, durch Entziehung der persönlichen Freiheit oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben (§ 89) zur Vornahme oder Duldung des Beischlafes oder einer dem Beischlaf gleichzusetzenden geschlechtlichen Handlung nötigt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren zu bestrafen.
- Deutschland **§ 177 dStGB** – Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung
 Wer eine andere Person
 1. mit Gewalt,
 2. durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben oder
 3. unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist,
 nötigt, sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder an dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.
- Schweiz **Art. 190 sStGB** – Vergewaltigung
 Wer eine Person weiblichen Geschlechts zur Duldung des Beischlafs nötigt, namentlich indem er sie bedroht, Gewalt anwendet, sie unter psychischen Druck setzt oder zum Widerstand unfähig macht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. Handelt der Täter grausam, verwendet er namentlich eine gefährliche Waffe oder einen anderen gefährlichen Gegenstand, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren.

2.6 Schwerer sexueller Missbrauch von Unmündigen

- Österreich **§ 206 öStGB** – Schwerer sexueller Mißbrauch von Unmündigen
 (1) Wer mit einer unmündigen Person den Beischlaf oder eine dem Beischlaf gleichzusetzende geschlechtliche Handlung unternimmt, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.
 (2) Ebenso ist zu bestrafen, wer eine unmündige Person zur Vornahme oder Duldung des Beischlafes oder einer dem Beischlaf gleichzusetzenden geschlechtlichen Handlung mit einer anderen Person oder, um sich oder einen Dritten geschlechtlich zu erregen oder zu befriedigen, dazu verleitet, eine dem Beischlaf gleichzusetzende geschlechtliche Handlung an sich selbst vorzunehmen.
 (3) Hat die Tat eine schwere Körperverletzung (§ 84 Abs. 1) oder eine Schwangerschaft der unmündigen Person zur Folge, so ist der Täter mit Freiheitsstrafe von fünf bis zu fünfzehn Jahren, hat sie aber den Tod der unmündigen Person zur Folge, mit Freiheitsstrafe von zehn bis zu zwanzig Jahren oder mit lebenslanger Freiheitsstrafe zu bestrafen.
 (4) Übersteigt das Alter des Täters das Alter der unmündigen Person nicht um mehr als drei Jahre, besteht die geschlechtliche Handlung nicht in der Penetration mit einem Gegenstand und hat die Tat weder eine schwere Körperverletzung (§ 84 Abs. 1) noch den Tod der unmündigen Person zur Folge, so ist der Täter nach Abs. 1 und 2 nicht zu bestrafen, es sei denn, die unmündige Person hätte das 13. Lebensjahr noch nicht vollendet.

Deutschland § 176 dStGB – Schwerer sexueller Missbrauch von Kindern

- (1) Der sexuelle Missbrauch von Kindern wird in den Fällen des § 176 Abs. 1 und 2 mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft, wenn der Täter innerhalb der letzten fünf Jahre wegen einer solchen Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist.
- (2) Der sexuelle Missbrauch von Kindern wird in den Fällen des § 176 Abs. 1 und 2 mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft, wenn
 1. eine Person über achtzehn Jahren mit dem Kind den Beischlaf vollzieht oder ähnliche sexuelle Handlungen an ihm vornimmt oder an sich von ihm vornehmen lässt, die mit einem Eindringen in den Körper verbunden sind,
 2. die Tat von mehreren gemeinschaftlich begangen wird oder
 3. der Täter das Kind durch die Tat in die Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung oder einer erheblichen Schädigung der körperlichen oder seelischen Entwicklung bringt.
- (3) Mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren wird bestraft, wer in den Fällen des § 176 Abs. 1 bis 3, 4 Nr. 1 oder Nr. 2 oder des § 176 Abs. 6 als Täter oder anderer Beteiligter in der Absicht handelt, die Tat zum Gegenstand einer pornographischen Schrift (§ 11 Abs. 3) zu machen, die nach § 184b Abs. 1 bis 3 verbreitet werden soll.
- (4) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 2 auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren zu erkennen.
- (5) Mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren wird bestraft, wer das Kind in den Fällen des § 176 Abs. 1 bis 3 bei der Tat körperlich schwer misshandelt oder durch die Tat in die Gefahr des Todes bringt.
- (6) In die in Absatz 1 bezeichnete Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher der Täter auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist. Eine Tat, die im Ausland abgeurteilt worden ist, steht in den Fällen des Absatzes 1 einer im Inland abgeurteilten Tat gleich, wenn sie nach deutschem Strafrecht eine solche nach § 176 Abs. 1 oder 2 wäre.

Schweiz –

2.7 Sexueller Missbrauch von Unmündigen

Österreich § 207 öStGB – Sexueller Mißbrauch von Unmündigen

- (1) Wer außer dem Fall des § 206 eine geschlechtliche Handlung an einer unmündigen Person vornimmt oder von einer unmündigen Person an sich vornehmen lässt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.
- (2) Ebenso ist zu bestrafen, wer eine unmündige Person zu einer geschlechtlichen Handlung (Abs. 1) mit einer anderen Person oder, um sich oder einen Dritten geschlechtlich zu erregen oder zu befriedigen, dazu verleitet, eine geschlechtliche Handlung an sich selbst vorzunehmen.
- (3) Hat die Tat eine schwere Körperverletzung (§ 84 Abs. 1) zur Folge, so ist der Täter mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren, hat sie aber den Tod der unmündigen Person zur Folge, mit Freiheitsstrafe von fünf bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen.
- (4) Übersteigt das Alter des Täters das Alter der unmündigen Person nicht um mehr als vier Jahre und ist keine der Folgen des Abs. 3 eingetreten, so ist der

Täter nach Abs. 1 und 2 nicht zu bestrafen, es sei denn, die unmündige Person hätte das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet.

Deutschland **§ 176 dStGB – Sexueller Missbrauch von Kindern**

- (1) Wer sexuelle Handlungen an einer Person unter vierzehn Jahren (Kind) vornimmt oder an sich von dem Kind vornehmen lässt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer ein Kind dazu bestimmt, dass es sexuelle Handlungen an einem Dritten vornimmt oder von einem Dritten an sich vornehmen lässt.
- (3) In besonders schweren Fällen ist auf Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr zu erkennen.
- (4) Mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer
 1. sexuelle Handlungen vor einem Kind vornimmt,
 2. ein Kind dazu bestimmt, dass es sexuelle Handlungen vornimmt, soweit die Tat nicht nach Absatz 1 oder Absatz 2 mit Strafe bedroht ist,
 3. auf ein Kind durch Schriften (§ 11 Abs. 3) einwirkt, um es zu sexuellen Handlungen zu bringen, die es an oder vor dem Täter oder einem Dritten vornehmen oder von dem Täter oder einem Dritten an sich vornehmen lassen soll, oder
 4. auf ein Kind durch Vorzeigen pornographischer Abbildungen oder Darstellungen, durch Abspielen von Tonträgern pornographischen Inhalts oder durch entsprechende Reden einwirkt.
- (5) Mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer ein Kind für eine Tat nach den Absätzen 1 bis 4 anbietet oder nachzuweisen verspricht oder wer sich mit einem anderen zu einer solchen Tat verabredet.
- (6) Der Versuch ist strafbar; dies gilt nicht für Taten nach Absatz 4 Nr. 3 und 4 und Absatz 5.

Schweiz **Art. 187 sStGB – Sexuelle Handlungen mit Kindern**

1. Wer mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt, es zu einer solchen Handlung verleitet oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.
2. Die Handlung ist nicht strafbar, wenn der Altersunterschied zwischen den Beteiligten nicht mehr als drei Jahre beträgt.
3. Hat der Täter zur Zeit der Tat das 20. Altersjahr noch nicht zurückgelegt und liegen besondere Umstände vor oder ist die verletzte Person mit ihm die Ehe oder eine eingetragene Partnerschaft eingegangen, so kann die zuständige Behörde von der Strafverfolgung, der Überweisung an das Gericht oder der Bestrafung absehen.
4. Handelte der Täter in der irrigen Vorstellung, das Kind sei mindestens 16 Jahre alt, hätte er jedoch bei pflichtgemäßer Vorsicht den Irrtum vermeiden können, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.

2.8 Verletzung von Berufsgeheimnissen

Österreich **§ 121 öStGB – Verletzung von Berufsgeheimnissen**

- (1) Wer ein Geheimnis offenbart oder verwertet, das den Gesundheitszustand einer Person betrifft und das ihm bei berufsmäßiger Ausübung eines gesetzlich geregelten Gesundheitsberufes oder bei berufsmäßiger Beschäftigung mit Auf-

gaben der Verwaltung einer Krankenanstalt oder mit Aufgaben der Kranken-, der Unfall-, der Lebens- oder der Sozialversicherung ausschließlich kraft seines Berufes anvertraut worden oder zugänglich geworden ist und dessen Offenbarung oder Verwertung geeignet ist, ein berechtigtes Interesse der Person zu verletzen, die seine Tätigkeit in Anspruch genommen hat oder für die sie in Anspruch genommen worden ist, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen. (...)

- Deutschland **§ 203 dStGB** Verletzung von Privatgeheimnissen
Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert (...)
- Schweiz **Art. 321 sStGB** – Verletzung des Berufsgeheimnisses
Geistliche, Rechtsanwälte, Verteidiger, Notare, nach Obligationenrecht zur Verschwiegenheit verpflichtete Revisoren, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen sowie ihre Hilfspersonen, die ein Geheimnis offenbaren, das ihnen infolge ihres Berufes anvertraut worden ist, oder das sie in dessen Ausübung wahrgenommen haben, werden, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. (...)
Art. 321 bis 264 sStGB – Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung
Wer ein Berufsgeheimnis unbefugterweise offenbart, dass er durch seine Tätigkeit für die Forschung im Bereich der Medizin oder des Gesundheitswesens erfahren hat, wird nach Artikel 321 bestraft (...)

2.9 Schwangerschaftsabbruch

- Österreich **§ 96 öStGB** – Schwangerschaftsabbruch
- (1) Wer mit Einwilligung der Schwangeren deren Schwangerschaft abbricht, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, begeht er die Tat gewerbsmäßig, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.
 - (2) Ist der unmittelbare Täter kein Arzt, so ist er mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, begeht er die Tat gewerbsmäßig oder hat sie den Tod der Schwangeren zur Folge, mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.
 - (3) Eine Frau, die den Abbruch ihrer Schwangerschaft selbst vornimmt oder durch einen anderen zulässt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.
- Deutschland **§ 218c dStGB** – Ärztliche Pflichtverletzung bei einem Schwangerschaftsabbruch
- (1) Wer eine Schwangerschaft abbricht,
 1. ohne der Frau Gelegenheit gegeben zu haben, ihm die Gründe für ihr Verlangen nach Abbruch der Schwangerschaft darzulegen,
 2. ohne die Schwangere über die Bedeutung des Eingriffs, insbesondere über Ablauf, Folgen, Risiken, mögliche physische und psychische Auswirkungen ärztlich beraten zu haben,
 3. ohne sich zuvor in den Fällen des § 218 a Abs. 1 und 3 auf Grund ärztlicher Untersuchung von der Dauer der Schwangerschaft überzeugt zu haben oder

4. obwohl er die Frau in einem Fall des § 218a Abs. 1 nach § 219 beraten hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in § 218 mit Strafe bedroht ist. (...)

Schweiz **Art. 118 sStGB** – Strafbarer Schwangerschaftsabbruch
 Wer eine Schwangerschaft mit Einwilligung der schwangeren Frau abbricht oder eine schwangere Frau zum Abbruch der Schwangerschaft anstiftet oder ihr dabei hilft, ohne dass die Voraussetzungen nach Artikel 119 erfüllt sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.
 Wer eine Schwangerschaft ohne Einwilligung der schwangeren Frau abbricht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

2.10 Tötung auf Verlangen, Mitwirkung am Selbstmord

Österreich **§ 77 öStGB** – Tötung auf Verlangen
 Wer einen anderen auf dessen ernstliches und eindringliches Verlangen tötet, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.
§ 78 öStGB – Mitwirkung am Selbstmord
 Wer einen anderen dazu verleitet, sich selbst zu töten, oder ihm dazu Hilfe leistet, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

Deutschland **§ 216 dStGB** – Tötung auf Verlangen
 Ist jemand durch das ausdrückliche und ernstliche Verlangen des Getöteten zur Tötung bestimmt worden, so ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

Schweiz **Art. 114 StGB** – Tötung auf Verlangen
 Wer aus achtenswerten Beweggründen, namentlich aus Mitleid, einen Menschen auf dessen ernsthaftes und eindringliches Verlangen tötet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.
Art. 115 sStGB – Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord
 Wer aus selbstsüchtigen Beweggründen jemanden zum Selbstmorde verleitet oder ihm dazu Hilfe leistet, wird, wenn der Selbstmord ausgeführt oder versucht wurde, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft

2.11 Unterlassung der Hilfeleistung

Österreich **§ 95 öStGB** – Unterlassung der Hilfeleistung
 (1) Wer es bei einem Unglücksfall oder einer Gemeingefahr (§ 176) unterlässt, die zur Rettung eines Menschen aus der Gefahr des Todes oder einer beträchtlichen Körperverletzung oder Gesundheitsschädigung offensichtlich erforderliche Hilfe zu leisten, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen, wenn die Unterlassung der Hilfeleistung jedoch den Tod eines Menschen zur Folge hat, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen, es sei denn, dass die Hilfeleistung dem Täter nicht zuzumuten ist.
 (2) Die Hilfeleistung ist insbesondere dann nicht zuzumuten, wenn sie nur unter Gefahr für Leib oder Leben oder unter Verletzung anderer ins Gewicht fallender Interessen möglich wäre.

- Deutschland **§ 323c dStGB** – Unterlassene Hilfeleistung
Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- Schweiz **Art. 128 StGB** – Unterlassung der Nothilfe
Wer einem Menschen, den er verletzt hat, oder einem Menschen, der in unmittelbarer Lebensgefahr schwebt, nicht hilft, obwohl es ihm den Umständen nach zugemutet werden könnte, wer andere davon abhält, Nothilfe zu leisten, oder sie dabei behindert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2.12 Fälschung von Gesundheitszeugnissen

- Österreich –
- Deutschland **§ 277 dStGB** – Fälschung von Gesundheitszeugnissen
Wer unter der ihm nicht zustehenden Bezeichnung als Arzt oder als eine andere approbierte Medizinalperson oder unberechtigt unter dem Namen solcher Personen ein Zeugnis über seinen oder eines anderen Gesundheitszustand ausstellt oder ein derartiges echtes Zeugnis verfälscht und davon zur Täuschung von Behörden oder Versicherungsgesellschaften Gebrauch macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
§ 278 dStGB – Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse
Ärzte und andere approbierte Medizinalpersonen, welche ein unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauch bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
§ 279 dStGB – Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse
Wer, um eine Behörde oder eine Versicherungsgesellschaft über seinen oder eines anderen Gesundheitszustand zu täuschen, von einem Zeugnis der in den §§ 277 und 278 bezeichneten Art Gebrauch macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- Schweiz –

2.13 Bestechlichkeit, Vorteilsannahme

- Österreich **§ 304 öStGB** – Bestechlichkeit
Ein Amtsträger oder Schiedsrichter, der für die pflichtwidrige Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer als von einem Gericht oder einer anderen Behörde für ein bestimmtes Verfahren bestellter Sachverständiger für die Erstattung eines unrichtigen Befundes oder Gutachtens einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, annimmt oder sich versprechen lässt.
§ 305 öStGB – Vorteilsannahme
Ein Amtsträger nach § 74 Abs. 1 Z 4a lit. b bis d oder Schiedsrichter, der für die pflichtgemäße Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts entgegen einem dienst- oder organisationsrechtlichen Verbot einen Vorteil für sich oder einen

Dritten annimmt oder sich versprechen lässt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen. Ebenso ist ein solcher Amtsträger oder Schiedsrichter zu bestrafen, der für die pflichtgemäße Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts für sich oder einen Dritten einen Vorteil fordert, es sei denn, dies wäre nach einer dienst- oder organisationsrechtlichen Vorschrift oder einer dienstrechtlichen Genehmigung ausdrücklich erlaubt.

§ 168c öStGB – Geschenkannahme durch Bedienstete oder Beauftragte

- (1) Ein Bediensteter oder Beauftragter eines Unternehmens, der im geschäftlichen Verkehr für die pflichtwidrige Vornahme oder Unterlassung einer Rechtshandlung von einem anderen für sich oder einen Dritten einen Vorteil fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.
- (2) Übersteigt der Wert des Vorteils 3.000 Euro, so ist der Täter mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.

§ 168d öStGB – Bestechung von Bediensteten oder Beauftragten

Wer einem Bediensteten oder Beauftragten eines Unternehmens im geschäftlichen Verkehr für die pflichtwidrige Vornahme oder Unterlassung einer Rechtshandlung für ihn oder einen Dritten einen nicht bloß geringfügigen Vorteil anbietet, verspricht oder gewährt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

Deutschland **§ 331 dStGB** – Vorteilsannahme

Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstaussübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 332 dStGB – Bestechlichkeit

Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Der Versuch ist strafbar. (...)

Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er sich dem anderen gegenüber bereit gezeigt hat,

1. bei der Handlung seine Pflichten zu verletzen oder,
2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen zu lassen.

§ 299 dStGB – Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr

Wer als Angestellter oder Beauftragter eines geschäftlichen Betriebes im geschäftlichen Verkehr einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen im Wettbewerb in unlauterer Weise bevorzuge, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Ebenso wird bestraft, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs einem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebes einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er ihn oder einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen in unlauterer Weise bevorzuge.

Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Handlungen im ausländischen Wettbewerb.

- Schweiz **Art. 322 sStGB – Bestechen**
 Wer als Mitglied einer richterlichen oder anderen Behörde, als Beamter, als amtlich bestellter Sachverständiger, Übersetzer oder Dolmetscher oder als Schiedsrichter im Zusammenhang mit seiner amtlichen Tätigkeit für eine pflichtwidrige oder eine im Ermessen stehende Handlung oder Unterlassung für sich oder einen Dritten einen nicht gebührenden Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft
- Art. 322 sStGB – Vorteilsannahme**
 Wer als Mitglied einer richterlichen oder anderen Behörde, als Beamter, als amtlich bestellter Sachverständiger, Übersetzer oder Dolmetscher oder als Schiedsrichter im Hinblick auf die Amtsführung einen nicht gebührenden Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

2.14 Transplantation

- Österreich **§ 62 c Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz**
 Wer dem § 62a (Entnahme von Organen oder Organteilen Verstorbener zum Zweck der Transplantation) zuwiderhandelt, begeht, sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung erfüllt, eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 36.340 Euro zu bestrafen.
- Deutschland **§ 18 TPG** (Transplantationsgesetz: Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben) – Organ- und Gewebehandlung –
 Wer entgegen § 17 Abs. 1 Satz 1 mit einem Organ oder Gewebe Handel treibt oder entgegen § 17 Abs. 2 ein Organ oder Gewebe entnimmt, überträgt oder sich übertragen lässt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- Schweiz **Art. 69 Transplantationsgesetz**
 Sofern keine schwerere strafbare Handlung nach dem Strafgesetzbuch vorliegt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bis zu 200.000 Franken bestraft, wer vorsätzlich:
- a. für die Spende von menschlichen Organen, Geweben oder Zellen einen finanziellen Gewinn oder einen anderen Vorteil gewährt oder entgegennimmt (Art. 6 Abs. 1);
 - b. mit menschlichen Organen, Geweben oder Zellen in der Schweiz oder von der Schweiz aus im Ausland handelt oder menschliche Organe, Gewebe oder Zellen, die gegen Entgelt oder durch Gewährung von Vorteilen erworben worden sind, entnimmt oder transplantiert (Art. 7 Abs. 1) (...)

2.15 Betäubungsmittel

- Österreich –
- Deutschland **§ 29 BtMG** (Betäubungsmittelgesetz: Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln)
 Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer (...) entgegen § 13 Abs. 1 Betäubungsmittel

- a) verschreibt,
 - b) verabreicht oder zum unmittelbaren Verbrauch überlässt
- und wer einer Rechtsverordnung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 oder § 13 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1, 2a oder 5 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Strafvorschrift verweist.

Schweiz **Art. 20 BetmG** (Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe)

Wer als Arzt, Zahnarzt, Tierarzt oder Apotheker Betäubungsmittel anders als nach Artikel 11 oder 13 verwendet oder abgibt und wer als Arzt oder Tierarzt Betäubungsmittel anders als nach Artikel 11 verordnet wird, wenn er die Tat vorsätzlich begeht, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. In schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr, womit eine Geldstrafe verbunden werden kann. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

2.16 Heilmittel

Österreich **§-83 AMG (Arzneimittelgesetz) – Verwaltungsstrafbestimmungen**

(1) Wer

1. Arzneispezialitäten entgegen § 15 oder einer Verordnung gemäß § 15 Abs. 7 in Verkehr bringt,
2. Arzneispezialitäten entgegen den §§ 16 bis 16b oder einer Verordnung gemäß § 16 Abs. 6, § 16a Abs. 4 oder § 26 Abs. 8 in Verkehr bringt,
3. Arzneispezialitäten entgegen § 17 oder § 17a oder einer Verordnung gemäß § 17 Abs. 9 in Verkehr bringt, (...)
8. in einem Betrieb im Sinne des § 62 Abs. 1 Personen im Sinne des § 71 Abs. 1 beschäftigt, die nicht gemäß § 71 Abs. 3 belehrt wurden, (...),
10. die Tätigkeit einer sachkundigen Person ohne die erforderliche Qualifikation im Sinne einer Verordnung gemäß § 69a Abs. 2 oder § 70 Abs. 2 ausübt,
11. als sachkundige Person den ihr auf Grund einer Verordnung gemäß § 62 Abs. 1 obliegenden Verpflichtungen zuwiderhandelt,
12. die Tätigkeit eines Pharmareferenten ohne die Voraussetzungen des § 72 oder vorsätzlich entgegen den §§ 73 oder 74 ausübt, (...) macht sich, wenn die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, einer Verwaltungsübertretung schuldig und ist mit Geldstrafe bis zu 7 500 Euro, im Wiederholungsfalle bis zu 14.000 Euro zu bestrafen.

§ 84 AMG (Arzneimittelgesetz)

Wer

1. Arzneimittel in Verkehr bringt, die im Sinne des § 3 schädliche Wirkungen haben,
2. Arzneimittel herstellt oder in Verkehr bringt, die den Qualitätsanforderungen des § 4 Abs. 1 und 2 nicht entsprechen, deren Haltbarkeit nicht mehr verfalldatum überschritten ist oder deren Handelspackungen einen nachteiligen Einfluss auf die Qualität des Arzneimittels haben können,
3. einer Verordnung gemäß § 5 Abs. 1 zuwiderhandelt,
4. den Verboten des § 6 zuwiderhandelt,

5. Arzneimittel, die gemäß §§ 7 oder 7a der Zulassung unterliegen, ohne Zulassung oder nicht entsprechend der Zulassung im Inland abgibt oder für die Abgabe im Inland bereithält oder die gemäß § 18 Abs. 3 oder Abs. 4 oder § 24a Abs. 2 vorgeschriebenen Auflagen nicht erfüllt, (...)
 7. homöopathische Arzneispezialitäten im Sinne des § 11 Abs. 1 im Inland abgibt oder für die Abgabe bereithält, ohne dass sie gemäß § 27 registriert wurden,
 - 7a. apothekeneigene Arzneispezialitäten im Sinne des § 11a im Inland abgibt oder für die Abgabe bereithält, ohne dass sie gemäß § 27 registriert wurden,
 8. traditionelle pflanzliche Arzneispezialitäten im Sinne des § 12 im Inland abgibt oder für die Abgabe bereithält, ohne dass sie gemäß § 27 registriert wurden, (...)
 15. homöopathische Arzneispezialitäten im Sinne des § 11 Abs. 1 im Inland abgibt oder für die Abgabe im Inland bereithält, an denen Änderungen durchgeführt wurden, die nicht gemäß § 24 Abs. 11 gemeldet wurden,
 16. Arzneispezialitäten im Sinne des § 26 Abs. 1 oder 2 in Verkehr bringt, deren Charge nicht freigegeben ist, (...)
 19. Werbung betreibt, die nicht den §§ 50 bis 55b entspricht,
 20. entgegen § 55a oder einer auf seiner Grundlage erlassenen Verordnung eine Prämie, finanzielle oder materielle Vorteile fordert, sich versprechen lässt oder annimmt,
 - 20a. entgegen § 55b Naturalrabatte fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, (...)
 28. mit den Aufgaben einer sachkundigen Person oder mit der Leitung des Kontrolllabors oder der Herstellung eine Person betraut, die die wissenschaftliche Berufsvorbildung oder praktische Ausbildung im Sinne einer Verordnung gemäß § 69a Abs. 2 oder gemäß § 70 Abs. 2 nicht nachweisen kann, (...)
macht sich, wenn die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, einer Verwaltungsübertretung schuldig und ist mit Geldstrafe bis zu 25.000 Euro, im Wiederholungsfalle bis zu 50.000 Euro zu bestrafen.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) Im Straferkenntnis nach Abs. 1 Z 1, 2, 3, 5, 6, 7, 7a, 8, 9, 16, 17 und 32 kann auf den Verfall der den Gegenstand der strafbaren Handlung bildenden Arzneimittel erkannt werden. Auf den Verfall kann auch selbständig erkannt werden, wenn keine bestimmte Person verfolgt oder bestraft werden kann.

Deutschland § 95 AMG (Arzneimittelgesetz) – Strafvorschriften

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
 1. entgegen § 5 Absatz 1 ein Arzneimittel in den Verkehr bringt oder bei anderen anwendet,
 2. einer Rechtsverordnung nach § 6, die das Inverkehrbringen von Arzneimitteln untersagt, zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Strafvorschrift verweist, (...)
 - 3a. entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 1 oder 1a, auch in Verbindung mit § 73 Abs. 4 oder § 73a, Arzneimittel oder Wirkstoffe herstellt oder in den Verkehr bringt,
 4. entgegen § 43 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 oder 3 Satz 1 mit Arzneimitteln, die nur auf Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden dürfen, Handel treibt oder diese Arzneimittel abgibt,

5. Arzneimittel, die nur auf Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden dürfen, entgegen § 47 Abs. 1 an andere als dort bezeichnete Personen oder Stellen oder entgegen § 47 Abs. 1a abgibt oder entgegen § 47 Abs. 2 Satz 1 bezieht, (...)

(2) Der Versuch ist strafbar. (...)

§ 96 AMG (Arzneimittelgesetz) – Strafvorschriften

Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen § 4b Absatz 3 Satz 1 ein Arzneimittel abgibt,
2. einer Rechtsverordnung nach § 6, die die Verwendung bestimmter Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenständen bei der Herstellung von Arzneimitteln vorschreibt, beschränkt oder verbietet, zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Strafvorschrift verweist,
3. entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 2, auch in Verbindung mit § 73a, Arzneimittel oder Wirkstoffe herstellt oder in den Verkehr bringt,
4. ohne Erlaubnis nach § 13 Absatz 1 Satz 1 oder § 72 Absatz 1 Satz 1 ein Arzneimittel, einen Wirkstoff oder einen dort genannten Stoff herstellt oder einführt, (...)

§ 14 HWG (Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens)

Wer dem Verbot der irreführenden Werbung (§ 3) zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Schweiz

Art. 86. HMG (Heilmittelgesetz)

Sofern keine schwerere strafbare Handlung nach dem Strafgesetzbuch oder dem Betäubungsmittelgesetz vom 3. Oktober 1951 vorliegt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bis zu 200.000 Franken bestraft, wer die Gesundheit von Menschen gefährdet, indem er oder sie vorsätzlich:

- a. Sorgfaltspflichten im Umgang mit Heilmitteln verletzt (...),
- c. Heilmittel abgibt, ohne dazu berechtigt zu sein;
- d. beim Umgang mit Blut und Blutprodukten die Vorschriften über die Spende-tauglichkeit, die Testpflicht oder die Aufzeichnungs- oder Aufbewahrungspflicht verletzt; (...)
- g. am Menschen einen klinischen Versuch durchführt oder durchführen lässt, der den Anforderungen dieses Gesetzes nicht entspricht.

Art. 87 HMG

Mit Haft oder mit Busse bis zu 50.000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich: (...);

- b. gegen die Bestimmungen über die Werbung für Arzneimittel verstößt.

2.17 Erkundigungen

Österreich **§ 152 (1) öStPO**

Erkundigungen dienen der Aufklärung einer Straftat und der Vorbereitung einer Beweisaufnahme; die Bestimmungen über die Vernehmung des Beschuldigten und von Zeugen dürfen durch Erkundigungen bei sonstiger Nichtigkeit nicht umgangen werden.

Deutschland **§ 161a dStPO**

- (1) Zeugen und Sachverständige sind verpflichtet, auf Ladung vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen und zur Sache auszusagen oder ihr Gutachten zu erstatten. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften des sechsten und siebenten Abschnitts des ersten Buches über Zeugen und Sach-

verständige entsprechend. Die eidliche Vernehmung bleibt dem Richter vorbehalten.

Schweiz Aufgrund der bisherigen kantonalen Kompetenz gelten in der Schweiz zurzeit noch 29 Strafprozessordnungen. Eine einheitliche Regelung bezüglich Erkundigungen i. S. öStPO besteht nicht

2.18 Vernehmungen

Österreich § 153 (2) öStPO

Eine Person, die vernommen werden soll, ist in der Regel schriftlich vorzuladen. Die Ladung muss den Gegenstand des Verfahrens und der Vernehmung sowie den Ort, den Tag und die Stunde ihres Beginns enthalten. Der Beschuldigte und das Opfer sind darin über ihre wesentlichen Rechte im Verfahren (§§ 50 und 70) zu informieren, soweit dies nicht bereits zuvor geschehen ist. Jedermann ist verpflichtet, eine solche Ladung zu befolgen und kann im Fall seines ungerechtfertigten Ausbleibens vorgeführt werden, wenn dies in der Ladung ausdrücklich angedroht wurde.

Deutschland § 163a dStPO

- (1) Der Beschuldigte ist spätestens vor dem Abschluss der Ermittlungen zu vernehmen, es sei denn, dass das Verfahren zur Einstellung führt. In einfachen Sachen genügt es, dass ihm Gelegenheit gegeben wird, sich schriftlich zu äußern.
- (2) Beantragt der Beschuldigte zu seiner Entlastung die Aufnahme von Beweisen, so sind sie zu erheben, wenn sie von Bedeutung sind.
- (3) Der Beschuldigte ist verpflichtet, auf Ladung vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen. Die §§ 133 bis 136a und 168c Abs. 1 und 5 gelten entsprechend. Über die Rechtmäßigkeit der Vorführung entscheidet auf Antrag des Beschuldigten das nach § 162 zuständige Gericht. Die §§ 297 bis 300, 302, 306 bis 309, 311a und 473a gelten entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ist unanfechtbar.
- (4) Bei der ersten Vernehmung des Beschuldigten durch Beamte des Polizeidienstes ist dem Beschuldigten zu eröffnen, welche Tat ihm zur Last gelegt wird. Im Übrigen sind bei der Vernehmung des Beschuldigten durch Beamte des Polizeidienstes § 136 Abs. 1 Satz 2 bis 4, Abs. 2, 3 und § 136a anzuwenden.

Schweiz Aufgrund der bisherigen kantonalen Kompetenz gelten in der Schweiz zurzeit noch 29 Strafprozessordnungen. Eine einheitliche Regelung bezüglich Vernehmungen i. S. öStPO besteht nicht

2.19 Vollstreckung von Geld- und Freiheitsstrafen

Österreich § 90 (1) öStPO

- (1) Alle Geldstrafen fließen dem Bund zu.

§ 90 (3) öStPO

- (3) Auf den Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen nach Abs. 2 und der in diesem Gesetz angedrohten Freiheitsstrafen und der Beugehaft sind die Bestimmungen